

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Februar 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die längste Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 17

Krieg im Frieden!

(Schluß.)

Bekennen und aussprechen, was ist, gehört zu den Thesen, an denen in der Praxis so viel scheitert. Beim Behaupten und mit dem Beweisen macht man es sich auch in Kollegenkreisen überwiegend zu leicht. Auf Prinzipalsseite aber werden die Klagen der Gehilfen über ihre schlechte materielle Lage zumeist ohne zahlenmäßige Stützpunkte bestritten; den ziffernmäßigen Belegen gegenüber kommt indes förmlicher Widerwille zur Geltung, wie es nach unserm Verbandsorgan zu urteilen in der Zulassung des Tarifausschusses 1918 sogar ärgersüchtigend in die Erscheinung trat. Der eine Teil stellt im eigenschaftlichen Interesse die falsche Behauptung auf, es sei um das Durchkommen der Gehilfen noch gar nicht so übel bestellt — die bei der Arbeiterschaft mit Fug und Recht arg in Mißkredit gekommene Durchhalteparole wurde auch gern ausgegeben —, von dem andern haben sich vielfach Stimmen oder ganz geharnischte Verammelungsresolutionen vernehmen lassen, daß die Buchdrucker mit ihren Teuerungszulagen immer an letzter Stelle stehen, weit hinter den ungelerten Arbeitern zurückgeblieben sind; von dem als Vorbild stark strapazierten Berliner Müllkutscher ganz abgesehen. Daß dies nicht an dem ist, daß vielmehr auch seit Newjahr in Großstädten wie Berlin, Dresden und Leipzig Lohnbewegungen und sogar einzelne Streiks mit geringeren Abmachungen geendigt haben, war aus der Arbeiterpresse zu erleben. Die Regel liegt gewiß auf der andern Seite, und es muß gesagt werden, daß in Berlin ein Stundenlohn von 2 Mk., gleich 96 Mk. Wochenlohn, mehr und mehr zur Mindestbezahlung wird, die Arbeitslosenunterstützung aber manchmal ebenso hoch und noch höher zu freiden verläßt wird; Stundenlöhne von mehr als 3 Mk. sind dort keineswegs Eingebungen der Pfantasia. Sogar für Lehrlinge zeigt sich eine erstaunliche Entwicklung, erhalten doch die im vierten Jahre Stuhlenden in den großen sächsischen Eisenbahnwerkstätten gemäß den jüngsten Vereinbarungen einen Stundenlohn von 1 Mk., bekommen also ohne die vielen Überstunden jezt 48 Mk. wöchentlich. In Zeiläulen der entsehtesten Instinkte, wo je nach dem Grade der Anentsbehrlichkeit eines Berufs für das tägliche Leben oder das öfentliche Interesse die Lohnforderungen gar nicht selten bis zur Konkurrenzunfähigkeit der mit den „Erzungenochten“ der „alten Herrlichkeit“ ebenfalls zusammengehörten deutschen Indultrie gefeiert werden, gewerkschaftliche Führung und Taktik als veraltete Requisitionen bei ihrer Durchsetzung beiseite fliegen, dafür aber heute die Massen der arbeitenden Inorganisierten, die Scharen der Selben, häufig auch Vertreter der Streikbrecherzunft von gestern und morgen die vielen Arbeitslosen struppelosen politischen Drahtziehern zur „Erringung der ökonomischen Macht durch das Proletariat“ als Stoffsache dienen müssen, ist kaum noch etwas zu verwundern. Gar nicht selten wird erst gestreikt und dann ordnungsgemäß verhandelt; selbst in Arbeiterunternehmungen (Gewerkschafts- und Volkshäusern) ist das schon der Fall gewesen. Die weitgehende Ausschaltung der Gewerkschaften bei dem großen Krieg im Frieden jezt ist zu bedauern und wohl auch auf eine Reserve der Generalkommission der Gewerkschaften zurückzuführen, die schwer zu verstehen ist, denn es sind doch von den nicht so wenigen idealen Erzeugnissen der Gewerkschaften seit 1914 viele gefährdet. Immerhin, das Arkenheben muß auch wieder aufhören, denn an den Generalkonferenzen, den Aufschen und dem Kopieren aller russischen Verkehrl- und Berrüchtheiten kann der deutsche Arbeitermann und der deutsche Arbeiterverband ja nicht immer Genüge finden. Aus den eignen Reihen der Arbeiterschaft heraus können die Berg-, Gas-, Elektrizitätsarbeiter, Straßen- und Eisenbahner sowie ähnliche für das ungestörte Funktionieren der Wirtschaft und Lebenswichtigkeiten bedenklichen Verurteilung schon gepfesserte Urteile hören. Wenn dann das Schlachtfeld überleben wird, werden hoffentlich die Buchdrucker dort zu finden sein, wo am meisten behauptet werden kann von dem im Interessenkampfe mit dem Unternehmer nach gewerkschaftlichen Methoden Durchgehten oder dem durch wilde Streiks plözlich Eroberten. Während des Krieges wie auch jezt sind die qualifizierten Arbeiter meistens überholt worden. In der Rüstungsindustrie jezt doch nicht, da hat sich vielmehr auf beiden Seiten ein Kriegsgeheimertum breitgemacht, das die allgemeine Demoralisation, vor allem aber den niederträchtigen Lebensmittelfucher hauptsächlich auf den Plan gerufen hat. An dem graphischen Gewerbe, das in seinen verschiedenen

Zweigen noch unterschiedlich mitgenommen worden ist durch den langen, fürchterlichen Krieg, haben wir in nächster Nähe Beispiele der angeführten „Rückständigkeit“; es gäbe mehr von den gelernten Arbeitern zu erwähnen. Die Kollegen sollen also unsere Verhältnisse nicht schlechter machen, als es nach Lage der besprochenen Dinge erklärlich ist. Man jezt dadurch ja ungebührlich herab, was die eigene Gewerkschaft „unter erschwerten Umständen zu erreichen vermochte und stellt der in ihr vertretenen Arbeiterschaft, also auch sich selbst, damit ein schlechtes Zeugnis aus, denn die Führung kann es doch nicht allein dahin bringen, daß jeder Wunsch Erfüllung findet. Nach meiner Beobachtung in verschiedenen Konditionsorten sind die lauten Redner über unsere „Rückständigkeit“ meistens solche Kollegen, die für den Verband und das Vorwärtsschreiten der Organisation am wenigsten getan haben und auch durch Taten zu tun gedenken. Der Buchdrucker hat der Gesplogtheit im Verhimmeln von andern Verhältnissen und Verkeimern der eignen während der letzten „alorreichen“ Jahre zu sehr die Fügel schidehen lassen. Dafür zeigt sich mitunter eine Zahlenanpathie, die einem vernünftigen Weiterkommen geradewegs hinderlich ist. Kürzlich war im „Storr“ ein instruktiver Artikel über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen zu finden. Wie die gewerkschaftliche Zentrale alljährlich im ganzen, so gibt fast jede Organisation einzeln ihren Mitgliedern die vor Öffentlichkeit detaillierteste Einblicke in das, was erreicht worden ist zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir Buchdrucker kennen das nicht, wenn auch die in mehrjährigen Zeiträumen zur Erhebung gelangenden Statistiken des Tarifamts sehr wertvoll sind. Bekennen und aussprechen, was ist, darf also nicht nur ein Schlagwort sein, es hat vielmehr einen Bestandteil wohlwogener gewerkschaftlicher Taktik zu bilden. Zu einer wirklich objektiven Beurteilung von uns Buchdruckern wird die liebe Umwelt aber wohl doch nicht mehr gelangen. Es war vor zwei Jahren doch jedenfalls ein klassischer Widerspruch, als die so gar nicht anerkennungsbedürftige „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, vor dem Kriege hätten die Buchdrucker zu den bestentlohten Arbeitern gehört, während in keinem Zulammenhang damit gleichzeitig das Organ der Prinzipalsorganisation behauptete, die Bezahlung der Gehilfen sei auch schon vor dem Kriege ungenügend gewesen!

Das schmalzliche Vorgehen der Gehilfenschaft war aus den materiellen Nöten heraus zweifellos durchaus berechtigt. Die Teuerungszulagen zeigten trotz Einstellung der Feindseligkeiten immer weiter fortschreitende Tendenz. Calwers Berechnungen ergaben von Juli bis einschließend November 1918 eine prozentuale Verteuerung von 7,53 Proz. Mit welcher Multiplikation dieser 7,53 Prozent wird an die tatsächlichen Zustände heranzukommen sein? Es ist nachdem aber so noch fortgegangen. Schreiber dieses hat von Ende November bis zu den ersten Februartagen dreimal ein kleines Strohdeputat erhalten; auf reellen Wege, bei geregelter Preisbemessung, also nicht markierenfrei. Der Sprung vom 31. Dezember bis jezt von 2,70 auf 3,80 Mk. für den Feinher Briketts fällt einem aber doch auf die Nerven; 55 Proz. Preissteigerung von Ende November an sind am Geldbeutel sehr merklich zu spüren. Was könnte nicht noch alles diesem einen Beispiel an die Seite gestellt werden, wenn das im ersten Artikel Gesagte nicht vollauf genügen würde! Nicht, wie anderswo so vielfach auf ganz falschen Wegen und auch nicht mit bis zur Un Sinnigkeit bemessenen Forderungen ging die Gehilfenschaft vor, sondern wie sonst war es ein zentral gestellter Vorstoß unter Inanspruchnahme der tariflichen Organe. Nach den eingelebten Grundfäden unsrer gewerkschaftlichen Demokratie sollte wiederum verfahren werden.

Das materielle Ergebnis für die Gehilfen, das am 1. Januar 1919 in Kraft zu treten sollte, ist aus Nr. 149 des „Storr“ bekannt. Es macht gegenüber dem durch die am 1. Dezember 1918 fällig gewesene zweite Rate der Zulbeschüsse (3, 4 und 5 Mk.) erreichten Stand des Grundlohns mit den Teuerungszulagen folgende prozentuale Zunahme für Beberatele aus:

ohne	5	10	15	20	Berlin
18	19	19	19	19	27

Die Berliner Kollegen erhielten außerdem ein Weichnachspränt von 20 Mk. Für die Maschinenleger, die Berechner wie in der Überstundenbezahlung wurden Ungerechtigkeiten und Unebenheiten befristet und, wie bereits erwähnt, die Hilfsarbeiter nicht mehr, der örtlichen oder gar druckerzeitlichen Vereinbarung überlassen. Das

alles ist, an der Eigenart unsrer aufgezeigten gewerblichen Verhältnisse gemessen, sicherlich ein anerkennenswerter Fortschritt, gegenüber der verzeihenden Teuerung und dem Lohnniveau in andern Indultrieen und Gewerben aber kein aufsehenerregender Vorgang.

Wie immer wurde zum Ausgleich auch eine Erhöhung des Druckpreisetarifs vorgenommen. Es ist mit 40 Proz. im allgemeinen und 60 Proz. für Berlin im Besonderen die achte seit dem September 1915, beginnend mit 10 Proz. Ab 1. Januar beträgt der Zuschlag auf den Friedenspreis nunmehr:

	im	für
	allgemeinen	Berlin
	Proz.	Proz.
für Werke, Zeitschriften und Zeitungen	180	200
„ neue Zeitschriften und Zeitungen	190	210
„ Kataloge, Preislisten usw.	200	220
„ Alzidenen	220	240
„ Qualitätsarbeiten	240	260

Hieron sind auch die Teuerungszulagen bzw. deren Erhöhungen für alle andern Gattungen von Beschäftigten, ferner für die Faktoren, die Kontorangestellten und auch für die Austrägerinnen in Zeitungsbetrieben zu befristen, desgleichen die jezt so schwer ins Gewicht fallende Verteuerung aller Materialien, die der „Storr“ früher mit Recht einmal der Wirkung der Teuerungszulagen vorangestellt wissen wollte; jezt wird das nicht mehr angängig sein. Auch das sehr beträchtliche Anwachen der sonstigen Betriebskosten (Miete, Heizung, Beleuchtung, Abgaben) ist von Bedeutung. Theoretisch aber wäre soweit alles annehmbar bestellt gewesen; eine jede Partei war bedacht worden. Ein Gewalt- und Geniestreich des Deutschen Buchdruckervereins machte jedoch mit einem Male den Frieden im Gewerbe nützlich erschüttern. Während die neuen Abmachungen sowie die allerdings ungewöhnliche — dies durch Schuld der Prinzipale — Art ihres Zustandekommens in fast allen Prinzipalskreisen unter Führung der „Zeitschrift“ als Zertrümmerung der Tarifgemeinschaft, unrechtmäßiger Zwang und wer weiß als was noch bezeichnet wurden, schien man sich gar nicht bemüht zu sein, daß die selbst vorgenommenen Sabotierung des Tarifausschusses, des Buchdrucker Rates und des Tarifamts ein Schlummeres zu nennen ist, als die Geschichte unsrer Tarifgemeinschaft je anzuweisen hat! Das gegen die Darstellung der „Zeitschrift“ über diese Vorgänge am 11. Januar 1919 veröffentlichte Rundschreiben des Tarifamts vom 22. Dezember — von keiner Seite beanstandet oder widerlegt! — ist eine so glatte Verurteilung der vorworrenen, auch die Stellungnahme der eignen Vertreter in Berlin desavouierenden Haltung der Prinzipalsorganisation, daß sich eigentlich, gar nichts weiter darüber sagen läßt, und das will in einem solchen Fall etwas heißen. Ein neue Teuerungszulage sollte eben mit aller Gewalt verhindert werden. Selbst die ungünstigen Verkehrsverhältnisse mublten die Zahl der tollen Widersprüche vermehren lassen. Sie sind aber jezt noch fast zwei Monaten noch un vieles schlechter, und es muß auch gehen, wie es für die Gehilfenvertreter ja noch immer gegangen ist. Als die Verhandlungsunfähigkeit des Tarifausschusses dank einigen Verlagen der Leipziger Regie doch nicht zu erreichen war, die erschienenen Vertreter vielmehr, durch das entschiedene Auftreten der Gehilfenmitglieder genötigt, der Annullung des Demobilisierungssamts einmütig zustimmten, kam es gar zur Sabotage der von einer Reichsstelle sanktionierten Beschlüsse des Tarifausschusses durch den Deutschen Buchdruckerverein. Wegen das doch erst selbst herausbeschworene Eingreifen des Demobilisierungssamts wurde vielfach in einer Weise protestiert, als ob ein Abgriff von dieser Stelle aus stattgefunden hätte. Die „Zeitschrift“ vom 17. Januar ist eine wahre Protestnummer. Es entstand mit Ausnahme von Berlin ein förmlicher Aufruhr im Prinzipalslager, wie man es kaum erlebt hat. Ziel fehlte nicht, und eine Streikwelle wäre durch die Prinzipalsreihen gezogen. Glücklicherweise es ja zu einem Anlaß dazu gekommen. Die revolutionäre Erregung hatte stark abgeklärt auf unsre Prinzipale, aber sie haben fast alles verkehrt an. Es hätte zu vieles auf sie ein; läßt Willen war bei dem Ganzen wohl nicht die Triebfeder. Und der Effekt? Das „Börsenblatt“ für den Deutschen Buchhandel“ meint redaktionell, die Prinzipale würden bei den kommenden Verhandlungen „eine ungleich schlechtere Position im Tarifausschusse haben als im Dezember 1918“. Das stimmt! Ein zweites Mal wird man gegen eine selbst geforderte Tagung wohl nicht passive Resistenz leisten. Sehr zu bedauern ist, daß die gerade

heimgekehrten Feldgrauen das Entbrennen dieses Krieges im Frieden ansehen mußten. Die Obstruktion bei der Faktorenfrage im Juli 1918 und nun Obstruktionen und Rebellionen hinter- und durcheinander — nein, von einer Unternehmerraganzaktion, die in einigen Monaten fünfzig Jahre bestesse, hätte mehr erwartet werden müssen, als daß sie in einem Differenzfalle tailliert gleich so bis aus dem Reime geht!

Das Verhalten des Verbandsvorstandes war in diesen konfliktisch-wartenden Tagen von beunruhigender Wirkung getragen. In der Nummer vom 9. Januar wurden Mitteilungen erteilt, den aus der angeordneten Protestbewegung bei den Prinzipalen sich herausbildenden Zahlungsweligerungen der neuen Feuerungszulagen tariflichen und gesetzlichen Anspruch entgegenzustellen. Der Verbandsvorstand hätte es in der Hand gehabt, auch noch auf die Anwendbarkeit des § 124 Abs. 4 der Gewerbeordnung hinzuweisen, wonach in solchen Fällen die Arbeit hätte sofort verfallen werden können. Wenn so nachgeholt worden wäre, würden Differenzen wie in Heidelberg, Würzburg und anderswo jedenfalls unterblieben sein. Die Gewerkschaft hat also nicht die Dinge auf die Spitze getrieben, durchgedrungen ist sie aber doch auf der ganzen Linie. Sie verstand den durch erstmaliges Anrufen einer Reichsbehörde erstellten Erfolg fälschlich der argen Kürzlichkeit der anderen Fraktionsmehrheit.

Ein faktischer Fehler auf Gehilfenseite muß aber mit dem Mute der Offenheit zugegeben werden. Das Zusammenbringen von drei Druckpreiserhöhungen innerhalb vier Wochen (von Anfang bis Ende Dezember): für die zweite, kleinere Feuerungsrate (15 Proz.) zum 1. Dezember, den dann folgenden Ausgleich für die Einführung des Lichtkubensatzes (20 Proz.) und dann die neue Feuerungszulage zum 1. Januar (40 und 60 Proz.) hätte denn doch vermieden werden müssen, zumal durch den Einstellungsdruck den Prinzipalen in diesem kurzen Zeitraume noch bedeutende materielle Leistungen auferlegt wurden. Es mußte vorausgesehen werden, daß die 75 und für Berlin 95 Proz. die Prinzipale nicht nur kopfschmerz machen, sondern die Auftraggeber auch in die Gluch schlagen würden. In einem Zeitpunkt, wo der Schrei nach Arbeit so durchdringend ist wie der nach Brot war dieses Zusammenstoßen ein recht unglücklicher Zufall. Es hätte wirklich nicht leicht, solche Verteuerung planmäßig zu machen und durchzuführen. Dem Buchdrucker gegenüber wird allenthalben aus Selbstzwecken gepörselt. In unserm Gewerbe mit Arbeiterpublikum, das in „dem Auge der Zeit“ mit den hohen Löhnen den Buchdruckern meistens voran ist, habe ich auch einen schweren Stand. Es wäre wohl besser gewesen, die Zulage zum 1. Dezember hätte durch ordnungsgemäßen Beschluß verschoben werden können, so daß die Verhandlungen über die neue Feuerungszulage zu Anfang Dezember, wenn nicht schon Ende November hätten stattfinden und als Einlieferungsfrist der 1. Januar und der 15. Februar eventuell unter gleichmäßiger Einrechnung der Dezemberzulage mit 5 Mk. in Sellung des Gesamtbetrags (also mit den jetzigen Zulagen ab 1. Januar) festgesetzt werden können. Dann wäre nicht alles was eine Sturzweite gekommen und auch mit den Abnehmern und der Seltenspostliste würde eine schmerzlosere Regelung möglich geworden sein. Für die Gewerkschaft aber hätte sich so kein Nachteil ergeben. Damit könnte sich auch Berlin einverstanden erklären, das doch noch immer in Deutschland liegt.

Die Mißbilligung gegen Berlin in Prinzipalstreifen ist wieder einmal groß, auch in unsern Mitteilungsblättern ist einiges saft geworden gegen die „Bevoorzugung“ Berlins. Handelt es sich wirklich um eine solche? Seit dem Juni 1917 genießt Berlin eine Sonderstellung, die im Dezember 1918 Ausweitung erfahren hat. Der Krieg vor zwei Jahren drehte sich um die Art des Vorgehens; auch die Berliner Prinzipale waren damals mobil, besaßen sich in Proteststellung zu ihrer Gehilfenchaft, der jedoch die Einigung folgte. In Berlin haben sich eben in bezug auf die Lebensführung ganz schauerliche Zustände unter der Herrschaft der Kriegswirtschaft entwickelt, die mit keiner Stadt vergleichbar sind. Die über alle Grundbruchstädte im 20. Jhd. höherer Druckpreise als Konsequenz der Ausnahmestellung auf dem Lohngebiete können Berlin nicht zum Vorteil werden. Die Zuwanderung von Gehilfen ist aber schon während der Kriegszeit zu einer Seife ausgewachsen.

Es ist nichts Auffallendes, daß andre, geschäftlich in naher Beziehung zum Buchdruckgewerbe lebende Interessentenkreise unsern Krieg im Frieden nicht mitemachen; bemerkenswerter ist die Art dieser Stellungnahme. Der Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe hat in der einen mir zu Gesicht gekommenen Nummer seines Organs eine schwere Entzweiungsgabe vollzogen. Mit der Parole „Los von Berlin!“ geht die Geschichte aus, die so verheißungsvoll mit einer Bedankung für die „hochwertigsten Neuerungen“ beginnt, daß nimmermehr die Lohnangelegenheiten „von einer bestimmten Seite diktiert“ werden. In diesem Falle sei der „konkret zu gebende Buchdruckerberuf“ sogar mit gehäuflichen Protesten herauszutreten. Wenn das Tarifamt Rücksicht hätte, müßte es ablehnen, „in die geordneten tariflichen Buchdruckerbeziehungen von unkundiger Hand eingreifen zu lassen“. Was Demobilisierungsmittel könnte darauf zu gründen sein, was das schamlosmachende Arbeitsgeberverhältnis schon für die gewerbliche Ordnung getan hat. Mir verdrossen ist dieser Staatsmonteur über die nach seiner Meinung unbesugte Zurückweisung des Mitarbeiterpersonals. Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ hat jedoch den Still der Werten gesunden: Wegen eines drohenden Stillarbeitstreiks bei der Firma Wilmann ist der Staatssekretär des Demobilisierungsamts mobil gemacht worden, so daß „wegen der trostlosen Berliner Zustände das ganze liebe, selbige

Deutsche Reich die Schweinerei im Hause Wilmann mitbezahlen soll“. Sachlich läßt sich zu diesem Unsinn, von dem noch allerdings in Schwarzmalerei für die Gehilfenchaft folgt, nichts sagen; er soll nur zur Erhellung angeführt sein.

Das Organ der Zeitungsverleger ist, wie der „Korr.“ schon mittelste, abgeleitet bei dem Suchen nach Möglichkeiten zur Entwirrung der vom Deutschen Buchdruckerverein bereiteten goldvollen Situation und scheint auch nicht befehrbar zu sein, daß die neue gezielte Veranordnung über Tarifverträge hier gleich zweifach nicht anwendbar ist. Der „Zeitungsverleger“ ist sonst in der Beurteilung des Voralles sehr gemäßigt und stellt die Lohn-erhöhung an sich nicht in den Brennpunkt des Stalles. Daß die „Zeitschrift“ die Darstellung des Berganges durch das Tarifamt (siehe Nr. 4 des „Korr.“) ohne jeden Widerspruch abbrüdete, läßt das Zeitungsverlegerorgan deren Richtigkeit annehmen. Eine beachtenswerte Feststellung!

Von den Fachzeitschriftverlegern ist mir mitgeteilt worden — ich rede nicht aus eigener Kenntnis —, daß deren Sprachrohr sehr lobhaft über die neue Belastungslage und deren nicht volle Anrechnung von den Prinzipalen erwartet. Die Verleger von Fachzeitschriften usw. können allerdings, wie auch die Tagespresse, insofern über daran sein, als neue Erhöhungen des Bezugspreises nicht mehr zum 1. Januar für die Vollpreissliste vermerkt werden konnten, auf welchen Umstand im vergangenen Jahre schon einmal in der „Zeitschrift“ hingewiesen sein soll.

Buchverleger und Buchhändler machen am meisten in Entzweiung und gehen wie immer in der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber dem Buchdruck in ebenso rücksichtslos wie rassistischer Weise vor. Von untrer Parteilichungsbildung wurde mir das „Börtenblatt“ für den Deutschen Buchhandel“ vom 29. Januar zugänglich gemacht, worin gleich von vier Stellen aus die Augen spielen. Es muß aber schon vorher auf Meister und Gesellen bei uns geschlossen worden sein. Man kann wohl sagen, die „Liebe“ der Verleger zu den Buchdruckern ist ebenso groß und unerfüllbar wie die der „Kampfer Volkszeitung“, das erste Verhältnis hat aber schon graue Haare. Es ist auch nicht das erste, daß der Verlagsbuchhandel bei der Festlegung von Feuerungszulagen an die Gehilfen kräftig hineinredet. Bei der zweiten im Herbst 1916, wo die Bewilligung von nur 3,75 bis 17,50 Mk. im ganzen Monat herausbrang, gerieten die Herren schon aus dem Häuschen, sagten im „Börtenblatt“ los, verlangten in der üblichen Aufblähung als Hauptkünde, was gar nicht zutreffend ist, besondere Berücksichtigung sowie Anhörung und forderten schließlich damals schon Zurückhaltung mit den Aufträgen. Der heilige Aereus gegen untrer Feuerungszulagen würde also keine Aberration bieten, wenn ihm nicht eine ganz andre Bedeutung beizumessen wäre als der Obstruktion von 1916. Jetzt haben die Verleger Aufträge, vor zweieinhalb Jahren wollten sie blühen. Es wird im „Börtenblatt“ von den „vielen zurückgestellten Verlagsunternehmern“ deshalb schwerlich in Libertelung gesprochen, und weil gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen bei uns sehr groß ist, dürfte namentlich in den Werkbuchdrucken die ausgegebene Lösung, „nur das Allernotwendigste in Auftrag zu geben“, recht löbliche Wirkungen hinterlassen. Die Mißstände lagen allerdings nicht, daß die hohen Papierpreise nie nicht milder abfallen, die Bücherproduktion wieder aufleben zu lassen, weil sie gegen die Papierfabrikanten und Papierhändler weit machtloser sind als gegen die Buchdrucker, die sich eigentlich immer in der Abwehr zu den Buchverlegern befinden. Wie der „Normallohn“ der Buchdruckergehilfen beschaffen sein würde, wenn die Tarifverhältnisse nach dem Ermessen jener gelei- und selbstbewußten Unternehmergruppe zu erfolgen könnten, das ist tatsächlich eine Preisfrage für Entbehrungsstärker! Wenn in einem Eingelände gesagt wird, „die neuen Aufschläge sind nur im Interesse einiger weniger Berliner Kolonnenbetriebe“, so hat man damit die Wiederholung einer alten Zwangsverpflichtung. Das Bedauern, daß nicht der Mut zu einer Nachprobe vorhanden war, läßt man nach; von Buchhändlerseite ist ja nicht zum erstenmal eine Verständigung bei uns hintertrieben worden. In einem anderen, mit G. Koller gezeichneten Aufsatze, der durch ein halbes Duzend tabellarischer Zusammenstellungen illustriert wird, kommt eine bis ins letzte sich sachkundig gebende, den Druckverletern förmlich durchdringende Gegnerchaft zum Ausdruck. Auch wird darin mit angeleglichen Überstellungen durch die prelaristischen Berechnungsmittelhöhen operiert. Das wäre ein erster Vorwurf, wenn die Behauptungen zu Recht beständen. Daß sich beim Papierauslaßge Schicksalen ergeben haben durch die jetzigen sehr hohen Papierpreise, könnte auch vom Deutschen Buchdruckerverein aufgestellt werden. In den andern unfruchtlichen Punkten sollte er mit Beherrschung ausprechen, was Wirklichkeit und was Einbildung der Verleger ist. Das Vornehmstum durch Schwelgen hat bei der Parteilichkeit solcher Gegner hohen Zweck. Im Grunde genommen geht deren Verhalten wie immer darauf aus, das Buchdruckgewerbe und damit auch die tarifliche Entlohnung in „goldgewollte Abhängigkeiten“ von der ausgefallenen Preissliste der Verleger zu bringen. Es gab Stellen, wo der Buchdrucker fast zum Sklavensucher des Verlegers geworden war; möge die Prinzipalität sich hier vor einem Rückfalls bewahren! Auf die Bewilligung des Nachbetrages scheint man es künftig besonders abzuweisen, wobei jedoch der Endzweck anderswo zu suchen sein dürfte. Die Auspielung des Sandlages gegen den Maschinenfabrik und umgekehrt wird dann mit aller Wirklichkeit betrieben werden. Als „Spezialüber“ bis zum letzten Schwarzenreiß empfohlen sich damit die Herren Verleger überstreckt verständig. Daß jedoch bei der Verlagskreise zu suchende Wirklichkeitstreiber am 29. Januar schon in bis zum 28. November 1917 zurückgebender tabellarischer Form für Akkordarbeiten

anzugeben vermag, wie „in manchen Buchdruckerereien zuzunehmen der Auftragsbetrag“ der Differenzbetrag von 40 Proz. ab 1. Januar 1919 auf den Gesamtpreis anzurechnen wird, ist in der Tat ein starkes Stück von Unterstellung, denn hier wird doch einfach darauflos kombiniert, weil bis zum 29. Januar der Verleger ja noch gar nicht solche verballhornierte Rechnungen zu lesen bekommen haben kann. Die Feuerungsanschläge im Buchhandel in zweifacher Art — beim Verleger und auf den Ladenpreis —, dazu in gleicher Weise auf alle Erteilungen sind natürlich einwandfrei! Für den „dringenden notwendigen endlichen Abbau der Druckpreise“ haben sich zum Scherz des Wirklichkeitstreibers die Ausichten noch verschlechtert, weshalb er mit einem ersten Appell und mit einem starken Warnungssignal seine als mühevoll anzuerkennende Arbeit folgendermaßen abschließt:

Wenn die geistig tätigen Elemente und die qualifizierte gelehrten Arbeiter zum Abbau der ungelunden Lohn- und Preisverhältnisse nicht einfließen wollen die Hand bieten, dann wird eine Konkurrenzmöglichkeit gegenüber dem Auslande völlig ausgeschlossen sein, vielmehr wird uns dieses mit vorteilhafteren Angeboten förmlich überschwemmen. Im graphischen Gewerbe sind die Angelegen hierfür schon unter Beweis zu stellen.

Die während der ganzen Kriegszeit sich unglücklicher stellenden qualifizierten Arbeiter sollen also den Stohtrupp für eine Verbilligung der Produktion bilden — wäre das nicht doppelte Benachteiligung? Nicht in der angelegten Richtung ist auch für den deutschen Arbeiter die Auslandskonkurrenz zu fürchten, sondern umgekehrt: daß der Abbau des deutschen Verlags im Ausland unterbunden oder doch stark beeinträchtigt wird. Diese Gefahr ist gar nicht zu unterschätzen, aber wären nicht letztere Opferlinge zu finden als die dünnleibigen Kundenberänger? Den Interessenten der verschiedenen Grade, deren Zwangsfrage von untrer Seite durchaus nicht erkannt werden soll, kann also nur bedauert werden, von den Buchdruckern als Wirtelkollisionsobjekten abzuleben; es lohnt sich nicht.

Abbau der Preise und nachfolgender Abbau der Löhne wäre gewiß die einzige, ist aber auch die schwierigste Lösung des großen und größten Problems dieser jungen revolutionären Zeit. Die Berliner Kollegen haben als erste in einer Versammlung das erste entschieden von der Regierung gefordert, um dann mit dem leichten folgen zu können. Andre Mitteilungsblätter rezipierten vielfach in gleicher oder ähnlicher Weise. Die Einsicht ist also in unsern Reihen lebendig, daß die Arbeiter sich nur im Kreise drehen bei dem trostlosen Wechselspiel, mit dem gar nichts gewonnen wird als die nackte Lebensfrist. Es ist zum Verwundern! Die Revolutionsregierung hat keine Sammlung geschweige einen Niedrigkeit in den Preisen zu erzielen vermocht. An Lebensmitteln ist auf den Seereschiffen und während der Revolutionswochen unendlich viel verloren gegangen, es fehlt also noch mehr daran. Vor vierzehn Tagen kam schon die erste Nachricht von einer weiteren Steigerung der Preise für die gängigsten Lebensmittel, soeben ist sie positiver verbreitet worden, und binnen kurzem wird sie niederliegende Tatsache sein. Da darf jetzt in Berlin für uns keinesfalls zurückgeschraubt werden! Wenn in Kiel vor zwei Wochen eine Verammlung der Arbeitslosen beschlossen hat, mit allem Nachdruck auf eine Verringerung der Wochenlöhne hinzuwirken, so daß 90 Mk. der Standard wären um so mit einem Abbau der Löhne und der Preise für die Lebensbedürfnisse wenigstens zu beginnen, so läßt sich bei vollster Verallgemeinerung darüber reden. Die Buchdrucker können aber nicht die Avantgarde bilden, sondern würden erst bei niedrigeren Quoten zu folgen haben, weil sie im allgemeinen ja weniger verdienen: Grundlohn von 65,50 bis 92,88 Mk. Der in Paris im schweren Geburte ringende Wilsonismus im Vereine mit dem in Bern anscheinend ausschlaggebender werdenden Sozialismus dürfen aber wohl erst die eigentlichen Erklärer werden für Deutschlands große Not. Wenn wir deutschen Buchdrucker es den ungarischen nachmachen, wo seit bald Jahresfrist eine gemischte Kommission rügelhaft ist zu dem Zwecke, je nach Veränderung der Lebensverhältnisse die Löhne zu erhöhen oder zu erniedrigen, dann hat der Tarifauschuss alles getan, was so zu tun möglich ist. Der Buchdruckererrat kann zu dieser schweren Aufgabe die Befugnis zugesprochen erhalten und die Anrufung einer kompetenten Reichsstelle zur Überentscheidung muß vorgehen werden, ebenso die Anhebung angemeinerer Stellen. Vielleicht erwägt der Tarifauschuss diesen Vorschlag eines simplen Mittelstüders näher, mit dem doch von allen und nach jeder Seite guter Wille gezeigt werden würde. Dann wären auch solche abgeproben und verunglückten Erklärungen wie die Resolution vom 4. April 1918 überflüssig. Was darüber der „Korr.“ in seiner Nr. 86 v. J. geschrieben, war das einzige Richtige daran und ist auch so eingetroffen. Die Prinzipale mit ihren unzutreffenden Kommentierungen steht „bis Ende März“ gebärden sich da als unbelugte Richter.

Nach kein Abbau von Berlin zugunsten von Wilmann und Leipzig; wie es von Prinzipalmisslieblichen gewünscht war, wird also stattfinden. Prinzipale und Gehilfen in Berlin haben gegenüber dem Spartakismus und seinen die Prehrfreiheit mit schändenden Sankturen aus unabhängiger Richtung tapfer zusammengestanden. Es müßte das bei den wirtschaftlichen Drangalen der bitterböden Gegenwart überhaupt möglich sein. Nach den Erregungen und Ermüchtigungen, den Erörterungen und Erwägungen der letzten Zeit inbegriffen die Verhandlungen in Berlin ein Fort ins Freie lassen — verbesserte Technik sollte als Zukunftssparade auch in größerer Nähe gerichtet werden! — und mit dem bei uns weniger als im Theater lustigen Krieg im Frieden ein Ende machen. Den Weg zum ge-

werthlichen Selbstmord wollen auch die Geblissen nicht geben, den zum eignen können sie nicht beehren, denn die schauerliche Bilanz vieler hiesiger Kriegsvollstrecken können sie nicht allein um ein Pünktchen abschwächen. Es muß mit dem alten Verordnungsstellen auch gelernt werden, zumal die Rolle eines so betrübten Lobgerbers der Prinzipalsmehrheit wohl nicht immer zu lagen dürfte.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Z. Ansbach. Am 26. Januar hielt unter sehr wieder auf 71 Mitglieder erklärter Ortsvereine seine Generalversammlung ab, die von 46 Kollegen besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete stellvertretender Vorsitzender Schabe den aus dem Felde zurückgekehrten bzw. vom Heeresdienst entlassenen Kollegen Worte der Begrüßung und erstattete nach Erledigung einer Neuaufnahme einen kurzgefaßten Jahresbericht. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Wolfram wurde in üblicher Weise geehrt. Die erbitterten Feuerungsulagen sind glatt zur Einführung gelangt. Während der Kriegsdauer sind 73 Kollegen (neun wiederholt) zum Heeresdienst eingezogen worden; hierunter waren 23 verheiratete. Sieben Kollegen sind gefallen bzw. an Krankheit gestorben. Die bei Kriegsbeginn eingeführte Unterfertigung von 8 Mk. monatlich an die Frauen der zum Heeresdienste gerulenen Kollegen konnte dank der Opferwilligkeit der Dahmgeblissenen auch im Berichtsjahre weitergewährt werden. Es wurden für diesen Zweck im abgelaufenen Jahre 696 Mk., seit Kriegsbeginn bis Ende 1918 insgesamt 6051,50 (einschließlich 1147,50 Mk. Zuzuschuß) ausgezahlt. Auch an dieser Stelle ist allen Kollegen für ihren so selbst ehrenvollen Opferinnem gedankt. Das Vermögen des Ortsvereins hat nach dem vom Kassierer Schabe gegebenen Bericht eine erfreuliche Zunahme erfahren; dank des günstigen Standes der Kasse konnte beschlossen werden, eventuelle Kontostillschüsse eine kleine Ertraunterstützung zu gewähren. Da ab 1. Januar die Familienunterstützung in Wegfall kommt, wurde der Ortsbeitrag von 85 auf 25 Pf. herabgesetzt. Die während des Jahres schon mehrmals stichthaft gewesene Vorstandschaft wurde teils wieder, teils neu gewählt; es gingen aus der Wahl u. a. hervor die Kollegen Würmdobler als Vorsitzender und Schabe als Kassierer. Bei der Berichtserstattung über das Gewerkschaftsamt wurde u. a. mitgeteilt, daß laut eines gefaßten Beschlusses in allgemeiner Gewerkschaftsversammlung das Arbeitersekretariat aus mancherlei Gründen, hauptsächlich aber der finanziellen Schwierigkeiten wegen, vorerst nicht wieder zu eröffnen sei; der von uns zu diesem Sekretariat bisher geleistete Beitrag wurde deshalb beschlußgemäß sistiert. Am Schluß der Versammlung dankte Kollege Lübeck namens aller Kriegsteilnehmer dem stellvertretenden Vorsitzenden für die ihnen gewidmete Begrüßung und insbesondere für den materiellen Opferinnem, den der Ortsverein während des Krieges bekennt hat.

Berlin. (Generalversammlung am 31. Januar.) Die Versammlung, an der auch die Vertrauensleute teilnahmen, war von etwa 1000 Kollegen besucht. Die Tagesordnung, mit welcher sich schon in der Vorwoche ein Bezirksvereinsamt beschäftigt hatten, lautete wie folgt: 1. Allgemeine Lage; 2. Anträge der Arbeitslosen; 3. Erhöhung der Vereinsbeiträge; 4. Verschiedenes. Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung wurden zusammen behandelt. Vorsitzender Maximal erstellte die Versammlung mit einem herrlichen Nachruf für den verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden des Tarifamts, Kollegen Albert Faber, dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Hierauf gab Kollege Maximal ein Bild über die allgemeine tarifliche Lage. Er schilderte eingehend die Obstruktion der Prinzipale im Reiche gegen die vom Demobilisationsamt befristeten Beschlüsse der letzten Tarifabschlussung, Scharf wies er den von den Prinzipalen zu der am 14. Februar stattfindenden Tarifabschlussung gestellten Antrag auf Aufhebung dieser Beschlüsse zurück. Die Geblissenheit habe ein Recht, zu verlangen, daß sie in der Erlangung ausreichender Löhne und Arbeitsbedingungen nach allen Richtungen gesichert sei. In Berlin würde die letzte Feuerungsulage liberal glatt durchgeführt. Nur in einigen kleineren Betrieben bedürfte es der Nachhilfe der Tarifinstanzen. Dagegen wurde in vielen Fällen von mittleren und kleineren Betrieben verweigert, Entlassungen vorzunehmen, doch wurden diese durch Eingreifen des Schiedsgerichtes verhindert. Die Arbeitslosenfrage läßt in Berlin alles zu wünschen übrig. Trotzdem hat sich die Zahl der beschäftigten Geblissen von 5000 im Oktober fast auf 8100 erhöht. In der Hauptache durch die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer. Die Zahl der Arbeitslosen ist jedoch ebenfalls ständig gestiegen und beträgt jetzt etwa 1000. Die Ursache dieser Steigerung der Arbeitslosigkeit liegt in der raschen Demobilisierung. Dazu kommt die politische Unsicherheit, welche das ganze Wirtschaftsleben unterbindet. Durch die Blockade der großen Zeitungsbetriebe während der Spartakuswoche waren rund 40000 im Zeitungsgewerbe Beschäftigte arbeitslos. Die Vertrauensleute dieser Betriebe waren beim damaligen Polizeipräsidenten Eichhorn wegen Aufhebung der Blockade vorstellig geworden. Dieser erklärte sich auch dazu bereit unter der Bedingung, daß sich die in Zukunft kommenden Zeitungen einer Zensur unterstellen. Weiter sollten die Vertrauensleute das tarifliche Einverständnis der Regierung mit dieser Zensur bekräftigen. Dieser Wunsch auf Aufhebung der Zensur konnte natürlich nicht erfüllt werden. Die Geblissenheit hätte sich damit eigenhändig den Strich um

den Hals gelegt. **Red.)** **Prehsfreiheit heißt Selbstfreiheit;** und nur die Prehsfreiheit kann auch reichlichere Arbeitsgelegenheit für uns Buchdrucker schaffen. Die Beschäftigung ist in den meisten Betrieben zur Zeit schlecht. Die großen Kataloge und Reklamearbeiten früherer Zeiten bleiben aus. Zum Unglück für Berlin lebten alle Parlamentarier, und durch die Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar wird das Verhältnis noch ungünstiger. In vielen Betrieben wird schon bei verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Wenn auch hier die Erwerbslosenfürsorge eingreift, so ist der Zuzuschuß doch ein so geringer, daß die Existenzfähigkeit der Kollegen sehr darunter leidet. Es soll verflucht werden, beim Demobilisationsamt eine Erhöhung dieses Zuzuschusses zu erreichen. Der Kohlen-, Gas- und Strommangel drückt weiter auf das Erwerbsleben, so daß auf baldige Besserung der wirtschaftlichen Mißere wenig Hoffnung ist. Die Anträge der Arbeitslosen, die auf Beschäftigung zweier Arbeitslosenvereinigungen hielten, wurden von den Kollegen Große, Schäfer, Wolf und Rosenmann begründet. Kollege Große begründete einen Antrag, der fordert, daß auf je fünf beschäftigte Geblissen ein weiterer eingestellt wird. Er meint, wir Buchdrucker haben bisher bei allen unsern Forderungen immer geprügelt, ob das Gewerbe in der Lage ist, dies zu tragen. Auf der andern Seite wurde aber nicht so gehandelt. Wenn nicht genügend Beschäftigung war, wurden die Geblissen auf das Maßer geworfen, ohne zu fragen, ob sie es tragen können. Immer nur die Organisation mußte durch Arbeitslosenunterstützung die Opfer bringen. Die Unternehmer haben nichts zu diesen Kosten beigetragen, trotzdem sie durch große Lehrlingsausbildung bemüht waren, sich stets ein Arbeitslosenheer zu halten. Sollen sie jahrzehntelang die Profite einstecken, können sie sich auch die Kosten der Arbeitslosigkeit tragen. Deshalb soll auf je fünf Geblissen ein Arbeitsloser eingestellt werden, damit die Arbeitslosen von der Straße verschwinden. Demobilisationsämter werden wir sicher das nötige Verständnis und die nötigen Rückhalt für unsere Forderungen finden. Kollege Schäfer begründete einige Anträge, die zum Ziele haben, 1. die Abwanderung der während des Krieges nach Berlin zugewandten Geblissen, 2. die Abschaffung des Berechnens, 3. eine bessere Regelung des Arbeitsnachwelses. Er führte aus, daß die erste Frage durch die neuerliche Gesetzgebung in einer Form geregelt ist, daß man hoffen kann, daß hierdurch ein entsprechender Einfluß auf den Arbeitsnachwels eintritt. Auf die noch in Arbeit stehenden Geblissen wird wohl wenig Einfluß ausgeübt werden können. Die Abschaffung des Berechnens ist für dringend notwendig. Jede Arbeitslosengattung auf Kosten der Arbeitslosen müßte unterbleiben. Für den Arbeitsnachwels müßten Mittel und Wege gefunden werden, die dort bestehenden Verhältnisse zu verbessern. Das Obligatorium müßte zur Aufgabe werden. Kollege Wolf ergänzte die Ausführungen der beiden Vorredner und führte eine Reihe von Betrieben an, in welchen trotz der großen Arbeitslosigkeit noch Überflüssen in erheblicher Zahl geleistet werden sollen. Er ersuchte die Vertrauensleute, ein wachsameres Auge auf diese Dinge zu haben. Kollege Rosenmann erklärte, der Antrag Große wäre ihm sympatisch, wenn er nicht wüßte, daß die Prinzipale hierfür unzugänglich seien. Deshalb bleibe nur der Weg, die Arbeitslosen so weit zu verdrängen, bis alle Arbeitslosen von der Straße verschwinden. Deshalb empfahl er die Annahme seines dahingehenden Antrags. Den zweiten Teil seines Antrags auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um wöchentlich 10 Mk. zog er wegen der erbitterten Erwerbslosenunterstützung zurück. Kollege Maximal ging in längeren Ausführungen auf die Anträge und die Ausführungen der Vertreter der Arbeitslosen ein. Er erklärte sich bereit, mit Vertretern der Arbeitslosen zum Demobilisationsamt zu gehen und zu versuchen, dort einen Weg zu finden. Die vom Kollegen Wolf angeführten Einzelfälle seien unterlückt worden. Sie lägen zum Teil längere Zeit zurück und seien längst erledigt worden. Mit den Prinzipalen habe die Kommission ebenfalls über die Frage der Arbeitslosigkeit eingehend verhandelt. Es ist hierbei über nachfolgende Punkte eine Verständigung erzielt worden: 1. Die Prinzipale erklären, daß Entstellungen, sowohl es möglich ist, vorgenommen und Entlassungen vermieden werden; 2. die Ausnahmebestimmungen sind durch das Tarifamt aufgehoben und haben die Firmen dem nachzukommen; 3. die während des Krieges entlassenen Hilfskräfte sind zu entlassen; 4. die Ausländer, soweit sie nicht Angehörige der während des Krieges mit uns verbundenen Staaten sind, sind zu entlassen; 5. Bessher von Geblissen, die bei Beginn des Krieges nicht im Berufs fähig waren, sind zu entlassen; 6. dauernde Überflüssen sind unbedingt zu vermeiden; 7. die ausschließliche Benutzung des Arbeitsnachwelses wird verlangt; 8. überall, wo eine Einigung nicht zu erzielen ist, sind umgehend die Instanzen anzurufen. Die weiters lebhaftest Debatte, an welcher sich die Kollegen teils für, teils gegen die Anträge aussprachen, fand durch Eintritt der Abendstunde ihr Ende. Der Antrag des Kollegen Große wurde wegen der Schwierigkeit seiner Durchführung abgelehnt, doch soll über die Möglichkeit der zwangsweisen Einstellung Arbeitsloser mit dem Demobilisationsamt verhandelt werden. Der Antrag Rosenmann auf Verfüzung der Arbeitszeit und der dadurch bedingten Unterfertigung von Arbeitskräften wurde angenommen. Der Verbandbeitrag wird von der zweiten Februarwoche ab von 2,50 Mk. auf 3 Mk. erhöht.

Berlin. (Korrekturen.) Die aufbesuchte Hauptversammlung am 2. Februar veranlaßte wieder viele bisherige Redner, die vom Vorsitzenden herzlich begrüßt wurden. Die Hauptfrage bedingte eine schnelle Erledigung der reichlich tagen Tagesordnung. Vereinsinstellungen,

Jahres- und Kassenbericht wurden glatt erledigt, worauf der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Gegen die vom Vorstand beantragte Umwandlung des bisherigen Wochenbeitrags von 10 Pf. in einen Monatsbeitrag von 50 Pf. erhob sich kein Widerspruch. Die Leitung der Zentralkommission übernahmen bis zum nächsten Korrekturen die Kollegen Spangenberg (bisher zweiter Vorsitzender) und Schäfer (bisher Stellvert.). Zehn Neuaufnahmen erfolgten, fünf Neumeldungen lagen vor. In der nächsten Versammlung am 2. März wird über das Ergebnis der Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zeitungskorrekturen berichtet.

Erft. (Mitschneidemeisterverein.) Die am 24. Januar abgehaltene diesjährige erste Monatsversammlung war leider etwas schwach besucht. Vorsitzender Sonnenfeldt erstellte die Versammlung und hielt die heimgekehrten selbstgekauften Kollegen herzlich willkommen. Sodann gedachte er in ehrenreicher Weise der im Felde gefallenen Kollegen. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Vorsitzende brachte ein von der Zentralkommission der Mitschneidemeister eingegangenes Zirkular zur Verteilung, welches einer Besprechung unterzogen wurde. Im weiteren Verlaufe er über die Vereinsfähigkeit im vorliegenden Jahre, welche sich in ruhigen Bahnen bewegte, waren doch die meisten Kollegen zum Heeresdienst eingezogen. Bei Erstellung des Kassenberichts konnte man die Kassenverhältnisse als befriedigend bezeichnen. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. hervor: Kollege Meemann als Vorsitzender und Kollege Eichenberg als Kassierer. Einer Anregung, mit den Brüdernvereinen Eichenad, Solha und Weimar wieder Verbindung zu nehmen, wurde entsprochen. Der Antrag des Kollegen Sonnenfeldt, den gefallenen Kollegen eine Gedächtnisfeier anstellen zu lassen, wurde angenommen. Als Vereinslokal wurde „Prinz Karl“ vorgeschlagen und genehmigt. Als Versammlungstag wurde der erste Freitag im Monat festgelegt. Außerdem finden jeden Freitag zwanglose Zusammenkünfte statt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, den arbeitslosen Kollegen beim Besuche der Versammlung ein Zebrgeld von 50 Pf. zu bewilligen. Nach Erledigung des letzten Punktes, unsern Felderaten als Willkommen für nächsten Monat eine kleine Feier zu bereiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Großsch. (Bezirk Leipzig.) Am 1. Februar hielt unser Ortsverein seine Generalversammlung ab, die von 27 Kollegen besucht war, und zwar aus Großsch 23, Pagan 2 und Jülichau 2 Kollegen. Nach Eröffnung der Versammlung hielt der Vorsitzende zunächst die Anwesenden, besonders die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen herzlich willkommen. Leider hat der Krieg auch diesen Opfer aus unserm Ortsvereine gefordert. Das Andenken dieser Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Dem Jahresbericht und durch freiwillige Sammlung den Kollegenfrauen 699 Mk. überwiesen wurden, an Liebesgaben an die Kollegen 64,26 Mk., zusammen 763,26 Mk. Gewiss ein recht erfreuliches Zeichen bei der geringen Mitgliederzahl, was unserm Ortsvereine nur zur Ehre gereichen kann. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. hervor als Vorsitzender Kollege Ernst Hofmann und als Kassierer Kollege Otto Scheller. Unter „tariflichem“ wurde mitgeteilt, daß sämtliche Prinzipale sich ausnahmslos weigerten, die neuen Zulagen zu zahlen. Auf Drängen der Kollegen mußten sie sich jedoch dazu verstehen, die Zulagen für vier Wochen nachzugeben. Aus der Versammlung heraus wurde gegen das Verlangen der Prinzipale auf Außerstrahlung der Beschlüsse des Tarifausschusses vom 19. Dezember 1918 sehr energisch protestiert. Der Ortsbeitrag wurde auf 30 Pf. wöchentlich festgelegt. Nachdem noch einige Anregungen über interne Vereinsangelegenheiten gegeben, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Schnefeldt. Eine am 20. Januar einberufene Versammlung sämtlicher hiesiger Geblissen führte zur Gründung eines Ortsvereins mit 14 Mitgliedern. Dieser Erzeugnis soll erfreuen wir uns um so mehr, als Schnefeldt noch nie Gelegenheit hatte, außer einer kleinen Gruppe von Bündern, die sich keines langen Stierleins erfreute, einen Ortsverein des Verbandes zu besitzen.

Tena. Am 1. Februar fand hier eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, die sich mit der Feuerungsulage vom 1. Januar befaßte. Da diese zum Teil noch nicht bezahlt war, hatten die tariffreien Geblissen eine ganz bestimmte Entschädigung den Prinzipalen übermitteln. Hierauf erfolgte in den restlichen Druckerleien die Zahlung unter schriftlichem Vorbehalt. In einer Druckerlei wurde aber zugleich die Arbeitszeit auf 30 Stunden festgelegt und fünf alten Kollegen, die schon lange, teils über 30 Jahre, dort leisten, gekündigt. Die übrigen Kollegen saßen dies als Mahreglung auf und verlangten Rücknahme der Kündigung. Dieser Auffassung schloß sich die Versammlung an, und der Druckerlei wurde eine entsprechende Aufforderung zugestellt. Es wurde dann von der aufbesuchten Versammlung noch folgende Entschädigung angenommen: „Die heute versammelten tariffreien Geblissen Tenas, denen zum Teil die ab 1. Januar 1919 fällige Feuerungsulage erst nach einer ganz bestimmten Aufforderung auf die Prinzipale am 31. Januar unter Vorbehalt ausbezahlt wurde, verwahren sich ganz entschieden gegen den Vorwurf der Prinzipale, daß die Geblissen erst durch ihre Führer bzw. durch die Berliner Kollegenhaft dazu angeregt wurden. Demgegenüber erklären die Versammelten, daß durch die ins Augegeheute gefallenen Preise aller Lebensbedürfnisse auch die Provinzialkollegen an ihre Führer bzw. Geblissenvertreter die fortgesetzte Forderung richteten, um schmerzliche Erhöhung der Feuerungsulage bewirkt zu sein. Die Geblissen erwarten von ihren Vertretern, daß sie bei den an

14. Februar beginnenden Verhandlungen des Tarifausschusses kein Gota von dem bereits im Dezember v. J. Vereinbarten preisgeben, da selbst die erhöhten Feuerungs- und die Gehilfen nur vor äußerster Not schützen. Sollte jedoch wider Erwarten dem Professe der Prinzipale stattgegeben werden, so ist von Seiten der Gehilfenorganisationen der Tarifvertrag zu kündigen."

o o o Rundschau o o o

Eine wichtige Eingabe des Tarifamts. Dem Deutschen Buchdruckerlarif für das deutsche Buchdruckgewerbe allgemein verbindliche Kraft zu geben im Sinne der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember v. J. hat das Tarifamt mit einer Eingabe an die Reichsregierung vom 24. Januar beantragt. Die beiden Gehilfenorganisationen haben dem Tarifamt eine Zustimmungserklärung zu diesem Antrag überreicht, die der Reichsregierung gleichfalls zugestellt worden ist.

Behördliche Maßnahmen in Sachen der Feuerungs- und Tarifangelegenheit. Der Staatskommissar für Demobilisierung lande an den Deutschen Buchdruckerverein, Kreis VII (Sachsen), folgende Zuschrift: Dresden, den 3. Februar 1919. Durch eine Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung, betreffend Löhne im Buchdruckgewerbe, vom 21. Dezember 1918 — abgedruckt im Nr. 302 des „Deutschen Reichsanzeigers und Preussischen Staatsanzeigers“ — ist den in der gleichzeitig veröffentlichten Anlage A bezeichneten Vereinbarungen, die zwischen einem Teil der dem Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker angehörenden Prinzipalvertreter und dem diesen Ausschuss angehörenden Gehilfenvertretern geschlossen worden sind, die gleiche Kraft beigelegt worden, als wenn es sich bei diesen Vereinbarungen um einen ordnungsgemäß zustande gekommenen Beschluß des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker handelte. Durch diese Anordnung, welche sämtliche Prinzipale des Buchdruckergewerbes, auf welche sich die Tarifgemeinschaft erstreckt, verpflichtet worden, ihren Gehilfen und Hilfsarbeitern die Löhne zu zahlen, die diesen Vereinbarungen entsprechen. Die Rechtsgrundlage für die Anordnung des Reichsamts bildet die dem letzteren durch den Erlaß vom 12. November 1918 („Reichsgeblätt“, S. 1304) erteilte Ermächtigung zur selbständigen Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung würden nach § 8 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung, vom 7. November 1918 („Reichsgeblätt“, S. 1292) strafbar sein. Neuerlich sind nun Klagen darüber eingegangen, daß einzelne sächsische Prinzipale ablehnten, die den Vereinbarungen entsprechenden Löhne zu zahlen. Der unterzeichnete Staatskommissar erlucht daher den deutschen Buchdruckerverein, Kreis VII (Sachsen), die beteiligten Prinzipale auf die ihnen nach Vorstehendem obliegende Verpflichtung hinzuweisen, und bittet bis zum 11. Februar dieses Jahres um eine Mitteilung, ob die Herren Prinzipale bereit sind, der Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung umgehend Folge zu leisten. Würde eine zugelegte Antwort nicht eingehen, so wäre der unterzeichnete Staatskommissar genötigt, gegen diejenigen Strafantrag zu stellen, die der Anordnung nicht nachkommen sind. Der Staatskommissar für Demobilisierung, Gez. Dr. Dehne.

Buchdruckergehilfenprüfung in München. Die nächste Gehilfenprüfung für das Buchdruckgewerbe in München findet am Sonnabend, dem 1. März, und Sonntag, dem 2. März, in der Buchdruckerfachschule an der Prandlstraße statt.

Die Druckerarbeiten für die Nationalversammlung. Die Herstellung der Druckerarbeiten für die Nationalversammlung wurde der Aktiengesellschaft Badenia in Karlsruhe übertragen.

Für die Pressefreiheit! Folgende Entschliebung landte der Verein „Berliner Presse“ an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar: „Der Verein „Berliner Presse“ erhebt schärfsten Protest gegen die zahlreichen Vergewaltigungen und Drangsalierungen der Presse und bebauert auf das tieffte, daß es noch immer nicht gelungen ist, die Freiheit der Presse und ihre Angehörigen und Betriebe wirksam zu schützen. Er richtet an die Deutsche Nationalversammlung die dringende Bitte, darauf hinzuwirken zu wollen, daß diesem unerträglichen und unwürdigen Zustand ungeeignet ein Ende gemacht wird.“

Gewerkschaftskongress. Einem Beschlusse der Vorstandskonferenz vom 2. Februar entsprechend, beruft die Generalkommission den zehnten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands auf Montag, den 30. Juni 1919, nach Nürnberg ein. Die Tagesordnung steht außer der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und dem Bericht der Generalkommission außerordentlich wichtige Punkte vor, nämlich: die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands; Beratung des Organisationsstatus des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands; die Sozialisierung der Industrie und der Landwirtschaft sowie die Beratung vorliegender Anträge. Die Vertretung auf dem Kongress regelt sich nach den vom Münchener Gewerkschaftskongress beschlossenen Bestimmungen. Anträge, die mindestens von einer Ortsverwaltung oder dem Zentralvorstand einer angeschlossenen Gewerkschaft unterstützt werden, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzuliefern.

Gewerkschaftsfunktionäre als offizielle Regierungsorgane. In den Sitzungen des Zentralrats, welche Anfang Februar stattfanden, stimmte dieser einem Vorschlage des Demobilisationsamts zu, nach welchem in den größeren Städten Gewerkschaftsfunktionäre anzustellen sind, denen die Unterhaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie die Überführung von Arbeitern in andre Berufe obliegt.

Vom Buchbinderverband. In den Tagen vom 28. bis 30. Januar fand in Leipzig eine Konferenz der Gauleiter des Buchbinderverbandes statt, die sich u. a. mit Forderungen befahte, welche seitens der Gehilfen an den Verband deutscher Buchbinderereibeiter gestellt wurden. Diese Forderungen bezweckten zunächst eine Erhöhung der Feuerungsulagen um 20 Mk. für Gehilfen und um 10 Mk. für Arbeiterinnen sowie Erhöhung der Akkordpreise um 25 Proz., ferner eine Erhöhung der Minimallohne und eine Neuordnung der Überstundenzuschläge, Beschränkung der 100prozentigen Feuerungsulage auf ungeschulte Arbeiterinnen, Zahlung der Feuerungsulage beim Aussetzen sowie bei verlängerter Arbeitszeit und schließlich Vermeidung weiterer Entlassungen. Den Forderungen wurde von der Konferenz einstimmig zugestimmt. Des Weiteren erörterte die Gauleiterkonferenz die Fortführung der Tarifbewegung im Reiche. Bei diesen Erörterungen kam das Verlangen nach Reichsstarifen, nach der gezielten Regelung derselben, nach weiterer Erlassung und besserer

Bearbeitung der Nebenbranchen, vor allem aber nach besserem Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Organisationen besonders zum Ausdruck. Die gezielte Anerkennung des Dreifachtarifs soll umgehend nachgeschickt werden. In den Verhandlungen, welche im Anschluß an die Gauleiterkonferenz zwischen Vertretern der Gehilfenschaft und solchen des Verbandes Deutscher Buchbinderereibeiter stattfanden, wurden die Forderungen der Gehilfen mit Ausnahme derjenigen, die die Neuordnung der Überstundenzuschläge betrifft, von der Prinzipalität abgelehnt. Diese erklärte sich lediglich zu einer Erhöhung der Minimallohne für Gehilfen um 5 Pf. pro Stunde bereit. Ein Antrag der Arbeitgeber auf Umwandlung der 46stündigen Arbeitswoche in eine 48stündige wurde von der Tagesordnung abgelehnt und soll später, eventuell bei den Tarifverhandlungen, wieder aufgenommen werden. Schließlich brach man die Verhandlungen ab, und die Gehilfenvertreter präzisieren ihren Standpunkt dahingehend, daß sie nunmehr, nachdem die Unternehmer jedeswegs Entgegenkommen abgelehnt hätten, das Reichsarbeitsamt als Vermittlungsinstanz anrufen werden. Sie lehnten aber auch jegliche Verantwortung für eventuell sich ergebende Störungen in den Betrieben ab. Wir werden unsre Leser von dem weiteren Gange der Bewegung zu gegebener Zeit unterrichten.

Briefkasten

S. M. D.: Sofort erledigt worden; das Gewünschte von A. direkt abgelehnt. — **A. R. in Freiburg i. B.:** Wird gelegentlich veranlaßt. Fröhl. Gruß. — **A. G. in Wilmersdorf:** Artikel findet Aufnahme, sobald Raum. — **G. P. in Hamburg:** Man wird auch in andern Orten noch einsehen lernen, doch Gewerkschaftspräsident schwer zu entbehren sind. Fröhl. Gruß. — **T. G. in H.:** Wenn irgend zu ermöglichen, in nächster Nummer. — **J. W. in M.:** 10,65 Mk. — **H. B. in Krefeld:** 1,25 Mk. — **G. T. in Neuküsten:** 3,45 Mk. — **G. S. 100:** 3,45 Mk. — **P. in Sbg.:** 3,25 Mk. — **G. B. in Sbg.:** 3,45 Mk. — **S. D. in München:** 3,65 Mk.

o o o Verbandsnachrichten o o o

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsipolstraße 511. Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Zhrweiter (Rhld.: Vorsitzender: Max Tietel, Wilhelmstr. 35. **Hamburg:** (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Fr. Storz, Boiheweg 13 IV; Kassierer: W. Weigel, Bachschleife 57 IV. **Freiburg i. S.:** Vorsitzender: Otto Stöckhmidt, Schöntelesstraße 40 III.

Berufungskalender

Düsseldorf: Generalversammlung Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Strohhaus“, Am Jägerhof. **Frankfurt a. M.:** Bezirksversammlung Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 5½ Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftsbauvereins“, Am Schwimmbad 10. **Frankfurt a. M.-Offenbach:** Maschinenmeister-Generalversammlung Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3¼ Uhr, im „Kempferbrunn“, Mainhof 33.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Krieg im Frieden! (Schl.)
 Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (S.). — Erfurt (M. M.). — Großsch. — Heimsfeld. — Gena.
 Rundschau: Eine wichtige Eingabe des Tarifamts. — Behördliche Maßnahmen in Sachen der Feuerungs- und Tarifangelegenheit. — Buchdruckergehilfenprüfung in München. — Die Druckerarbeiten für die Nationalversammlung. — Für die Pressefreiheit. — Gewerkschaftskongress. — Gewerkschaftsfunktionäre als offizielle Regierungsorgane. — Vom Buchbinderverband.

Für die Leitung einer neu zu gründenden Parteizeitung der Sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Rheinl. wird ein durchaus tüchtiger und erfahrener

Fachmann
 gesucht. Derjenige muß befähigt sein, sowohl den technischen Betrieb zu leiten, als auch die kaufmännische Leitung zu übernehmen. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsforderung sind zu richten an: Landtagsabgeordneter Selmer, Ehardt, Gatzungen (S. M.).

Tüchtiger Kompletzgießer und Fertigmacher
 gesucht. Ausführliche Angebote erbeten an: **Crab, Barth & Co. (W. Friedrich),** Abtl. Schriftgießerei, Breslau 1.

Eine tüchtige **Schriftschleiferin**
 wird gesucht. Schriftgießerei Wolfried Böttger, Paunsdorf.

Tüchtiger Typographieseher
 zehnjährige Praxis, gut mechanischer, hohe Durchschmilfsleistung, tüchtig Lebensstellung, am liebsten als Alleinseher oder als Erster. Eintritt 14 Tage nach Engagement. Gest. Angebote mit Gehaltsangabe unter Nr. 240 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schweizerdegen
 20 Jahre alt, vom Steeresdienst entlassen, tüchtig Stellung (möglichst als Kräfte). Gefällige Angebote erbeten. **Albrecht Baumann, Krossen (Eller),** [235]

Tüchtiger Typographieseher
 (A und B), guter Maschinenkennner, korrekt und zuverlässig, auch sonst bewandert in allen Scharfen, 24 Jahre alt, tüchtig dauernde Stellung. Gest. wohnt. Gest. Angebote erbeten an: **Wilhelm Gerecht, Helmstedt (Br.),** Edelhöfe 15.

Schweizerdegen
 28 Jahre alt, in Satz und Druck gleich firm, tüchtig per bald dauernde [241]
Stellung in Breslau
 Offerten an **Buchdrucker Witel,** Ziegenhals (D. Schl.).

Galvanoplastiker
 35 Jahre alt, ledig, erfahren in allen vorkommenden Arbeiten, tüchtig Stellung als Betriebsleiter (eventuell Abnahme). Detaillierte Angebote erbeten unter „Galvano“ postlagernd Sagen i. W. [232]

Tüchtiger Buchhalterin
 in gelehten Jahren, tüchtig Stellung als solche in größerer Leipziger Buchdruckerf. Im Trade vollständig erfahren, Abschlüßfertiger. Eintritt möglichst Anfang April. Gest. Angebote unter Nr. 236 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Zu kaufen gesucht: [239]
Kleine Druckereierichtung
 mit Schriften, gut erhaltener Akzidenzpresse, Schnellpresse, Schälstein und sonstigem Zubehör; eventuell Teile der obgenannten Gegenstände. Angebote mit genauen Angaben erbeten an: Landtagsabgeordneter Selmer, Ehardt, Gatzungen (S. M.).

W. M. MATHAEUS
 D E S S A U
 Zerbsterstr. 64
 Preisliste gratis

Graphische Fachschulen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Anschlüsse durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Zeitenmaß mit sämtlichen Einleit. 30 Pf. E. Fritz, Mainz, Mainzstr. 30

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 22. Januar unser lieber Kollege, der Schriftgießer

G. Raif
 im 53. Lebensjahre. [243]
 Ein bleibendes Andenken bewahrt ihn
 Der Verein der in Schriftgießereien Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Hamburg-Altona.

Am 26. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Rollationsmaschinenmeister [244]
Karl Schumacher
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihn
 Die Buchdrucker der Verlags-gesellschaft deutscher Kaufmännervereine m. b. H., Hamburg.

Nach Brandigung des grausamen Völkermordes gehnkt auch unser Orlaverein trauernd der im Kampfe gefallenen Kollegen. Es sind dies die Seher:

Adolf Tsch
Willy Schulz
Fritz Hoffmann
Karl Robinson
Fritz Nickel
Paul Schönburg
Paul Rex
Karl Stephan
Albert Keh

Sämtliche geb. in Merseburg; der Maschinenseher:
Adolf Becker
 geb. in Halberstadt;
 die Seher:
Wilhelm Tepper
 geb. in Babelsberg; **Kalbe a. S.**
Albert Krause
 geb. in Halle a. d. S.
Oswald Schönfeld
 geb. in Frankleben b. Merseburg;
Olto Siebenhüner
 geb. in Eisenach;
 die Drucker:
Willy Gündertsh
Wlfred Spoll
 beide geb. in Merseburg.

Ferner verstarb am 30. Januar nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Seher **Johannes Wendel** im 30. Lebensjahre. Sie alle waren uns Reis liebe Kollegen und werden ihr Iher immer in Ehren gedenkt!
 Die Mitglieder des Ortsvereins Merseburg.

Am 4. Februar verlor nach langem, schwerem Leben unser Kollege, der Maschinenseher

Fritz Zillmann
 geboren am 24. Januar 1873 in Friesack. [242]
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Die Kollegen der Buchdrucker „Deutsche Tageszeitung“, Berlin.

Am 4. Februar verlor nach längerer Krankheit an den Folgen einer im Krieg erhaltenen Verwundung unser lieber Kollege, der Korrektor [245]
Julius Sagge
 Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Kollegen der „Neuen Hamburger Zeitung“, Hamburg.

Am 3. Februar verschied der Schweizerdegen, Kollege [248]
Heinrich Bagel
 aus Deggendorf, im 32. Lebensjahre.
 Am 4. Februar verstarb der Seherkollege
Hans Karchhammer
 aus München im 29. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt den verstorbenen Kollegen. Die Mitgliederschaft München.